Von Jürgen Heiser
01.11.2021

Schuldig gesprochen

Völkermord und schwere Menschenrechtsverletzungen: Renommiert besetztes Tribunal in New York verurteilt US-Regierung in allen Anklagepunkten

Andrew Kelly/REUTERS

»Ungestraft morden«: »Black Lives Matter«-Protest gegen rassistische Polizeigewalt in New York (1.7.2020)

Die USA sind wegen Völkermordes und Menschenrechtsverletzungen verurteilt worden. Recht gesprochen hat ein seit 2018 vorbereitetes »Tribunal des Volkes«, das unter dem Motto »In the Spirit of Mandela« entstand. Vom südafrikanische Freiheitskämpfer Nelson Mandela stammt der Ausspruch, man kenne eine Nation erst dann richtig, »wenn man in ihren Gefängnissen gesessen hat«. Eine Nation sei nicht danach zu beurteilen, »wie sie ihre höchsten Bürger behandelt, sondern ihre niedrigsten«.

Von diesem Denkansatz ausgehend tagte das »Internationale Tribunal über Menschenrechtsverletzungen an schwarzen, hispanischen und indigenen Völkern« vom 22. bis 25. Oktober im New Yorker »Malcolm X and Dr. Betty Shabazz Center«. Am

Montag vergangener Woche verkündete die von ihrer Vorsitzenden Magdalene Moonsamy repräsentierte Jury ihr Urteil: »Schuldig in allen Anklagepunkten«.

Im Wechsel trugen die Mitglieder des international besetzten Juristengremiums die »vorläufige Kurzfassung des Urteils« vor. Sie erklärten, nach der zweitägigen Anhörung »von mehr als 30 Zeugen und der Vorlage Hunderter Dokumente« seien sie einstimmig zu dem Urteil gekommen, dass »die US-Regierung und ihre Untergliederungen des Völkermordes und der schweren Menschenrechtsverletzungen schuldig sind«.

Im einzelnen verurteilte die Jury Washington wegen rassistischer Polizeigewalt. Staatsbeamte dürften »ungestraft schwarze, hispanische und indigene Menschen ermorden«. Mit der Praxis der Masseninhaftierungen gegen eben diese Bevölkerungsgruppen existiere faktisch eine »School-to-prison pipeline«, indem Jugendliche mit der »Kriegswaffe« verschärfter Strafgesetze kriminalisiert und zu langen Haftstrafen verurteilt würden, um sie anschließend in Gefängnisfabriken zu unbezahlter Arbeit zu zwingen. Das werde mit dem 13. Zusatzartikel zur US-Verfassung gerechtfertigt, der »zwar ursprünglich die Abschaffung der Sklaverei versprach«, Zwangsarbeit für Strafgefangene jedoch ausdrücklich erlaube.

Politische Gefangene existierten in den USA wegen der »Kriminalisierung legitimer politischer Kämpfe«. Zeugen hätten ausgesagt, dass gegen diese Häftlinge nachweislich »jahrzehntelange Isolationshaft als Foltermethode eingesetzt« werde. Diese Vorwürfe wiesen die Vereinigten Staaten stets zurück, wie sie überhaupt »die Existenz politischer Gefangener« leugneten.

Zum Anklagepunkt »Umweltrassismus« erklärte die Jury, es stehe ohne jeden Zweifel fest, dass »die Klimakrise in den USA unverhältnismäßig stark« die schwarze, hispanische und indigene Bevölkerung treffe. Die »vorsätzliche und kaltblütige Vergiftung von Land, Wasser und Luft« aus Gründen der Profitmaximierung bedrohe als eine Form von »Umweltgewalt allgemein das Überleben des Planeten«, wirke sich jedoch »durchgängig katastrophal« auf das Leben dieser Bevölkerungsteile aus. Die Umweltgewalt sei der Ausdruck einer »höheren Wertschätzung von Profiten gegenüber Menschenleben«, so die Jury.

Nicht weniger dramatisch seien die »tiefgreifende Ungleichheit im öffentlichen Gesundheitswesen« und der »strukturelle Rassismus«, die diese Bevölkerungsgruppen »von jeglicher Illusion des Menschenrechts auf ein gesundes Leben« ausschlössen. Deutlich geworden sei das an der »inkompetenten Reaktion der US-Regierung auf die Krise der Covid-19-Pandemie«. Die Opfer dieser Politik würden nicht nur vernachlässigt, sondern sogar kriminalisiert, »wenn sie der toxische Stress ihrer Lebenssituation psychisch krank« mache. In diesem lebensfeindlichen System würden in Armut lebende Menschen schon allein »aufgrund der Profitorientierung des US-Gesundheitswesens als entbehrlich gelten«.

Nach Abwägung aller Beweismittel und Aussagen befinde die Jury »die USA und ihre Untergliederungen aus den genannten Gründen in allen fünf Anklagepunkten für schuldig« und sehe ausreichend Gründe dafür, »dass Akte des Völkermordes begangen wurden«.

Als hätte es noch eines konkreten Beweises bedurft, wurde die Pressekonferenz an dieser Stelle unterbrochen, um die Eilmeldung bekanntzugeben, dass der politische Gefangene und Exmitglied der Black Panther, Russell »Maroon« Shoatz (78), nach 49 Jahren Haft, 22 davon in Isolation, »aus humanitären Gründen« entlassen werden soll. Zu spät, wie so oft in vergleichbaren Fällen, denn Shoatz befindet sich im Endstadium einer Krebserkrankung, die hinter Gittern nicht behandelt wurde. Jubel wollte deshalb unter den Anwesenden nicht aufkommen.

Jurymitglied Wilma Reveron Collazo nahm den Faden wieder auf und erklärte, »in etwa vier Wochen« werde die umfangreiche Endfassung »des schriftlich fixierten detaillierten Urteils« veröffentlicht. Sie werde die wesentlichen Zeugenaussagen und Zitate aus den Dokumenten enthalten, »außerdem unsere Empfehlungen für Wiedergutmachung, Reparationen und weitere künftige Maßnahmen«. Tribunal und Urteil belegten, so die Juristin, warum es notwendig war, dass »Teile der US-Bevölkerung ihre eigene Regierung anklagen«. Sie fordere vor allem die Betroffenen auf, »das Urteil zu verbreiten und sich mit anderen zusammenzuschließen«, um die notwendigen Veränderungen zu erreichen.

Junge Welt 01.11.2021